
Aktualisierte Konjunkturprognose des Sachverständigenrates für das Jahr 2013

25. März 2013

Aktualisierung der Konjunkturprognose: März 2013

Aufgrund der nachfolgend skizzierten Entwicklungen erwartet der Sachverständigenrat im Jahr 2013 im Vergleich zu seiner letzten Prognose im Jahresgutachten 2012/13 (Nov. 2012) eine schwächere jahresdurchschnittliche Zuwachsrates des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland von voraussichtlich nur noch 0,3 %. Dabei fällt der Wachstumsbeitrag des Außenhandels für das Jahr 2013 aller Voraussicht nach negativ aus und die Investitionen in Ausrüstungen dürften im Jahresdurchschnitt 2013 erneut rückläufig sein; eine Kehrtwende bei den Ausrüstungsinvestitionen wird sich wohl allenfalls zur Jahresmitte einstellen. Die Anzahl der Erwerbstätigen wird im Jahr 2013 gegenüber dem Vorjahr voraussichtlich leicht um etwa 0,3 % auf durchschnittlich rund 41,7 Millionen Personen steigen, während die Arbeitslosenquote wohl geringfügig auf 6,9 % ansteigen wird. Die stabile Arbeitsmarkt- und Preisentwicklung sowie der deutliche Anstieg der Nettolöhne und -gehälter dürften im Prognosezeitraum zu einer spürbaren Ausweitung der Privaten Konsumausgaben führen. Insgesamt ist daher für dieses Jahr mit einer gedämpften wirtschaftlichen Entwicklung zu rechnen.

1. In vielen Regionen der Welt ist das vierte Quartal des Jahres 2012 schwächer verlaufen als allgemein erwartet. Dementsprechend fallen jüngste Prognosen für die Entwicklung der Weltwirtschaft etwas zurückhaltender aus als die Prognose des Sachverständigenrates vom November 2012. Bislang lässt diese Entwicklung aber kaum auf eine dauerhafte Verschlechterung des außenwirtschaftlichen Umfelds schließen. Zwar ist damit zu rechnen, dass sich die für das Jahr 2013 erwartete Stabilisierung im Euro-Raum hinauszögern wird. Jedoch sind die Konsolidierungsmaßnahmen in den Vereinigten Staaten bislang etwas zurückhaltender als erwartet, während die Wachstumsdynamik in den BRIC-Staaten wiederum nicht ganz so ausgeprägt ist, wie noch gegen Ende des vergangenen Jahres prognostiziert.

2. In Deutschland stellt der deutliche Rückgang des Bruttoinlandsprodukts im vierten Quartal 2012 die stärkste Abnahme seit dem Jahresbeginn 2009 dar. Dies ist in erster Linie auf eine nun bereits fünf Quartale andauernde, rückläufige Investitionstätigkeit im Bereich der Ausrüstungen sowie einen Einbruch der Exporte zurückzuführen. Dadurch ist die jahresdurchschnittliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2013 durch einen statistischen Unterhang in Höhe von 0,3 % vorbelastet. Im November 2012 hatte man hingegen noch von einem statistischen Überhang ausgehen können.

3. Die Ausgangslage für die aktualisierte Prognose ist sehr uneinheitlich und erschwert ein klares Prognosebild. Dies hat im Wesentlichen zwei Ursachen: Zum einen haben die klassischen weichen Vorlaufindikatoren, wie die ifo-Geschäftserwartungen und die ifo-Geschäftslage, über mehrere Monate ein wesentlich günstigeres Bild über den weiteren Verlauf der konjunkturellen Entwicklung vermittelt, die sich dann aber nicht in verbesserten realwirtschaftlichen Daten widerspiegelte. So stiegen die Geschäftserwartungen bereits seit der Bodenbildung im September 2012 bis zum Februar 2013 deutlich an, gefolgt vom Geschäftsklima. Die zuletzt eingetretene Eintrübung deckt sich daher mit der Entwicklung der harten Indikatoren.

So sind die Auftragseingänge für Vorleistungs- und Investitionsgüter bis zum aktuellen Rand (es liegen Werte bis Januar 2013 vor) fortlaufend gesunken. Dies gilt insbesondere für den konjunkturreaktiven Maschinenbau sowie die Metallindustrie und den Kraftfahrzeugbau. Lediglich in der Gruppe der Konsumgüter kam es im Jahresverlauf 2012 zu einer Seitwärtsbewegung. Ebenso ist in den einzelnen Wirtschaftszweigen keine Trendwende auszumachen. Betrachtet man die Auftragseingänge nach Regionen, so ist weiterhin eine ausgeprägte Schwäche im Inland festzustellen, wenngleich seit dem Beginn des vierten Quartals 2012 zumindest keine weiteren Rückgänge festzustellen sind. Stützende Impulse sind zukünftig allenfalls von den Ländern außerhalb des Euro-Raums zu erwarten.

4. Zum anderen spiegelt insbesondere die Zurückhaltung der Investoren die nach wie vor sehr hohe Unsicherheit über den weiteren Fortgang der Krise im Euro-Raum wider. Die Unsicherheitsindikatoren für den Euro-Raum insgesamt und für die wichtigsten Mitgliedstaaten liegen weiterhin auf sehr hohem Niveau (Schaubild 1). Dies gilt ebenso für die deutsche Wirtschaft, obwohl deren Fundamentaldaten, wie etwa das Zinsniveau, auf äußerst gute Investitionsbedingungen hindeuten.

Schaubild 1



5. Die weitere Entwicklung der Industrieproduktion wird zunächst durch die ungünstige Auftragslage vorbelastet. Deshalb ist ausgehend von der Indikatorenlage im ersten und zweiten Quartal 2013 nur mit einer schwachen wirtschaftlichen Dynamik zu rechnen. Allerdings sprechen die Geschäftserwartungen der Unternehmen nach wie vor dafür, dass es im Jahresverlauf zu einer stärkeren Dynamik kommen könnte, als es noch im Jahresgutachten 2012/13 unterstellt worden war. Insgesamt gesehen dürfte sich die jahresdurchschnittliche Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland aufgrund der skizzierten Entwicklungen im Vergleich zur letzten Prognose (JG 2012) im Jahr 2013 abschwächen und voraussichtlich nur noch 0,3 % betragen (Tabelle 1).

Tabelle 1

Wirtschaftliche Eckdaten für Deutschland

	Einheit	2011	2012	Prognose für 2013	
				Stand 15.03.2013	Stand ¹⁾ 28.10.2012
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	%	3,0	0,7	0,3	(0,8)
Konsumausgaben	%	1,5	0,8	0,9	(0,9)
Private Konsumausgaben ³⁾	%	1,7	0,6	0,7	(0,8)
Konsumausgaben des Staates	%	1,0	1,4	1,7	(1,0)
Ausrüstungsinvestitionen	%	7,0	- 4,8	- 3,0	(0,2)
Bauinvestitionen	%	5,8	- 1,5	1,2	(2,1)
Inländische Verwendung	%	2,6	- 0,4	0,7	(0,8)
Außenbeitrag (Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten)		0,6	1,0	- 0,3	(0,0)
Exporte	%	7,8	3,7	3,0	(3,8)
Importe	%	7,4	1,8	4,0	(4,2)
Erw erbstätige	Tausend	41 164	41 613	41 733	(41 745)
Registriert Arbeitslose ⁴⁾	Tausend	2 976	2 897	2 949	(2 917)
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ⁴⁾	Tausend	28 440	28 988	29 175	(29 196)
Arbeitslosenquote ⁴⁾⁵⁾	%	7,1	6,8	6,9	(6,9)
Verbraucherpreise ⁶⁾	%	2,1	2,0	1,7	(2,0)
Finanzierungssaldo des Staates ⁷⁾	%	- 0,8	0,2	- 0,2	(- 0,1)

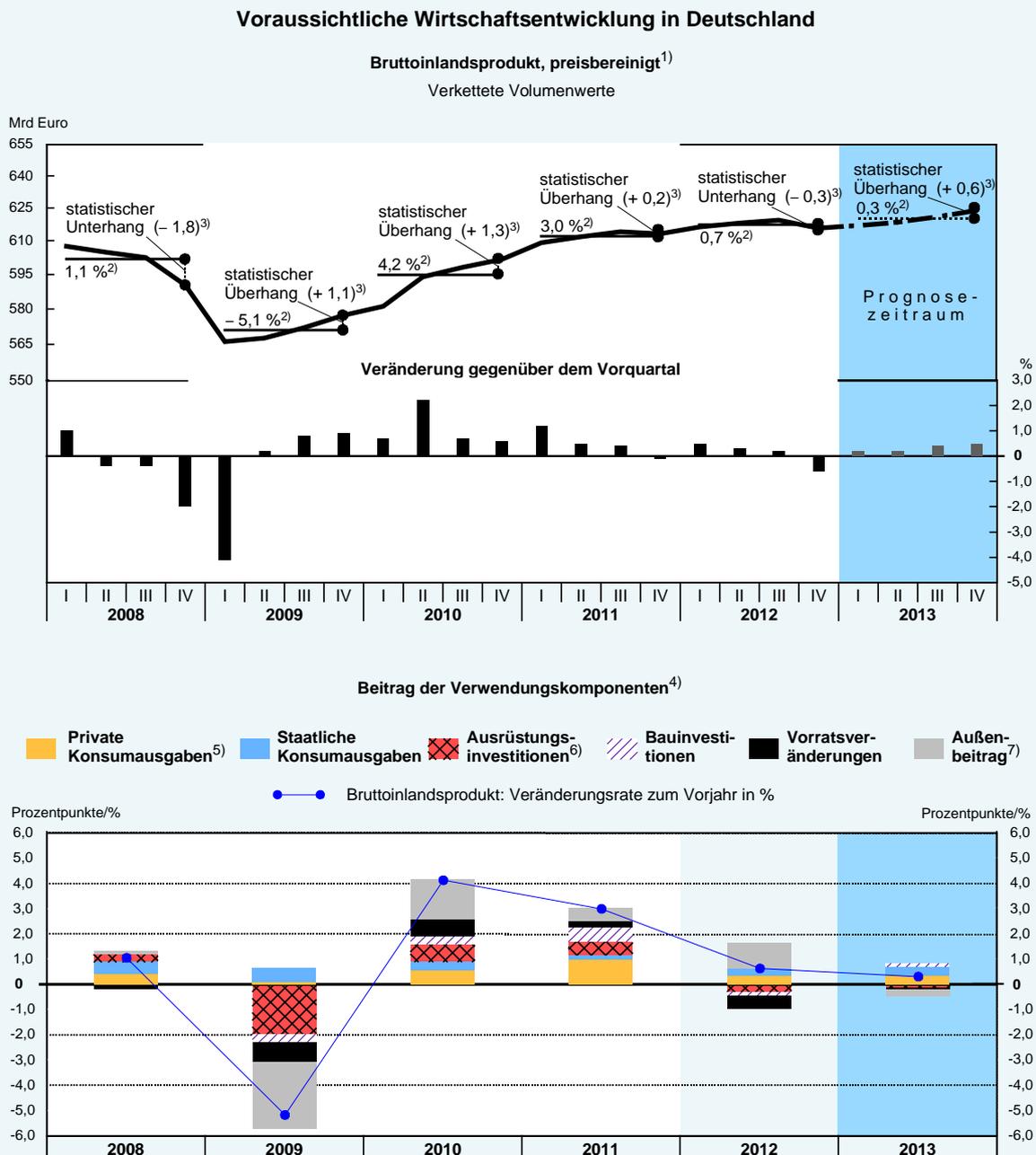
1) Veröffentlicht im JG 2012/13 (Nov. 2012).– 2) Preisbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Gilt auch für alle angegebenen Bestandteile des Bruttoinlandsprodukts.– 3) Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.– 4) Für das Jahr 2012 Quelle: Bundesagentur für Arbeit.– 5) Registriert Arbeitslose in Relation zu allen zivilen Erwerbspersonen.– 6) Veränderung gegenüber dem Vorjahr.– 7) Gebietskörperschaften und Sozialversicherung in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt.

Dabei fällt der Wachstumsbeitrag des Außenhandels für das Jahr 2013 aller Voraussicht nach negativ aus: Im letzten Quartal des Jahres 2012 hatte sich durch den Außenhandel ein negativer Wachstumsbeitrag ergeben. Im Januar 2013 entwickelten sich die Importe deutlich stärker als die Exporte. Da neben diesem Trend zudem die Einfuhrpreise für den Prognosezeitraum schwächer steigen dürften als die Ausfuhrpreise, ist insgesamt vom Außenhandel im Jahr 2013 mit einem leicht negativen Impuls zu rechnen (Schaubild 2).

Die Investitionen in Ausrüstungen dürften im Jahresdurchschnitt 2013 erneut rückläufig sein: Die Entwicklung der Investitionen wird – bei den nach wie vor sehr günstigen Finanzierungsbedingungen und der in vielen Branchen guten Eigenkapitalausstattung der Unternehmen – durch die krisenbedingt hohe Unsicherheit über die weitere Nachfrageentwicklung beeinträchtigt. Sollte sich die Lage stabilisieren, könnte der seit über einem Jahr aufgelaufene Investitionsstau durch einen zügigen Aufholprozess abgebaut werden. Diese Chance auf eine bessere Entwicklung erachtet der Sachverständigenrat jedoch als weniger wahrscheinlich. Im Bereich der Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen dürfte sich eine Kehrtwende allenfalls zur Jahresmitte einstellen, da bislang im Bereich der Auftragseingänge der Investitionsgüter allgemein oder im Maschinenbau im Speziellen keine schnelle Besserung in Sicht scheint.

6. Die stabile Arbeitsmarkt- und Preisentwicklung sowie der deutliche Anstieg der Nettolöhne und -gehälter (unter anderem infolge der Senkung des Beitragssatzes zur Gesetzlichen Rentenversicherung) dürften im Prognosezeitraum hingegen zu einer spürbaren Ausweitung der Privaten Konsumausgaben führen. Zudem dürfte im Bereich der Bauinvestitionen nach einem leichten Rückgang im Jahr 2012 wieder ein Anstieg zu verzeichnen sein, wobei beim Wohnungsbau die stärksten Zuwächse zu erwarten sind. Insgesamt rechnet der Sachverständigenrat für dieses Jahr daher mit einer gedämpften wirtschaftlichen Entwicklung.

Schaubild 2



1) Reale, saisonbereinigte Werte.– 2) Jahresdurchschnitte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr.– 3) Prozentuale Differenz zwischen dem absoluten Niveau des Bruttoinlandsprodukts im letzten Quartal eines Jahres und dem durchschnittlichen Niveau in den Quartalen dieses Jahres (siehe JG 2005 Kasten 5).– 4) Preisbereinigt; Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt, berechnet mit den Veränderungen zum Vorjahr aus den verketteten Volumenwerten in Prozentpunkten (Referenzjahr = 2012).– 5) Private Haushalte und Private Organisationen ohne Erwerbszweck.– 6) Einschließlich Sonstige Anlagen.– 7) Exporte von Waren und Dienstleistungen abzüglich Importe von Waren und Dienstleistungen.

Preisentwicklung

7. Im Januar und Februar des Jahres 2013 lagen die jährlichen Veränderungsraten des Verbraucherpreisindex bei 1,7 % beziehungsweise 1,5 % und somit unterhalb der Inflationsrate für das Jahr 2012, welche 2,0 % betragen hatte. Zu dieser schwachen Entwicklung trug neben den weiterhin nicht ausgelasteten Kapazitäten im Euro-Raum vor allem die Abschaffung der Praxisgebühr zum Jahresbeginn 2013 bei, wohingegen die Erhöhung der EEG-Umlage zu einem merklichen Anstieg der Strompreise führte und somit preissteigernd wirkte. Aufgrund dieser Entwicklungen dürfte sich die Inflationsrate für das Jahr 2013 auf 1,7 % belaufen.

Arbeitsmarkt

8. Die positive Arbeitsmarktentwicklung der beiden Vorjahre hat sich im Jahr 2012 bei einem wirtschaftlich schwierigen Umfeld weiter fortgesetzt, wenngleich mit gedämpften Tempo. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Anzahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt 2012 um knapp 450 000 auf mehr als 41,6 Millionen Personen und damit um 1,1 %. Die Anzahl der registriert Arbeitslosen ist um etwa 80 000 auf knapp 2,9 Millionen Personen gesunken (Tabelle 2).

9. Die Frühindikatoren für den Arbeitsmarkt deuten aktuell auf eine robuste, wenngleich weniger dynamische Entwicklung der Anzahl der Erwerbstätigen hin: Nach Angaben des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) lag beispielsweise das gesamtwirtschaftliche Stellenangebot im vierten Quartal 2012 zwar leicht unter dem Niveau des Vorjahres, umfasste aber mehr als 1 Million Stellen. Die monatlichen Zugänge von bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) gemeldeten Stellen blieben in den vergangenen Monaten saisonbereinigt nahezu konstant, liegen aber ebenfalls unter den Jahresdurchschnitten der Vorjahre.

Die umfragebasierten Arbeitsmarktindikatoren wie das ifo-Beschäftigungsbarometer, die DIHK-Konjunkturumfrage oder das Manpower Arbeitsmarktbarometer weisen ebenfalls auf robuste Beschäftigungspläne der Arbeitgeber hin. In Anbetracht der erwarteten konjunkturellen Entwicklung dürfte die Anzahl der Erwerbstätigen im Jahr 2013 gegenüber dem Vorjahr leicht um etwa 0,3 % auf durchschnittlich etwa 41,7 Millionen Personen steigen.

10. Die Anzahl der Arbeitslosen sank im Jahresdurchschnitt 2012 nur leicht auf rund 2,9 Millionen Personen, die Arbeitslosenquote fiel von 7,1 % im Jahr 2011 auf 6,8 % im Jahr 2012. Saisonbereinigt stieg die Anzahl der registriert Arbeitslosen im Verlauf des Jahres 2012 schwach an, weist aber in den ersten beiden Monaten des Jahres 2013 wieder einen leichten Rückgang auf. Dass die Arbeitslosigkeit nicht spiegelbildlich zur Erwerbstätigkeit sank, lag zum einen an dem Abbau arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen, denn deren Einsatz führt dazu, dass die betroffenen Nicht-Erwerbstätigen aus der Arbeitslosenstatistik herausfallen.

Insgesamt ging die Unterbeschäftigung (Arbeitslose und Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, ohne Kurzarbeit) im Jahr 2012 gegenüber dem Vorjahr um mehr als

250 000 Personen zurück und umfasste im Jahresdurchschnitt etwa 3,9 Millionen Personen. Zum anderen gehen die Zuwächse der Erwerbstätigkeit teilweise auf eine Aktivierung von Personen aus der Stillen Reserve und auf Zuzüge aus dem Ausland zurück. Für das Jahr 2013 wird mit einem leichten Anstieg der Arbeitslosigkeit auf durchschnittlich rund 2,95 Millionen Personen gerechnet. Die Arbeitslosenquote läge somit bei 6,9 %.

Tabelle 2

Der Arbeitsmarkt in Deutschland¹⁾

	2011	2012	Prognose für 2013	
			Stand 15.03.2013	Stand ²⁾ 28.10.2012
Tausend Personen				
Erwerbspersonen ³⁾⁴⁾	43 618	43 877	44 002	(43 976)
Erwerbslose ⁵⁾	2 502	2 318	2 324	(2 288)
Pendlersaldo ⁶⁾	48	54	54	(57)
Erwerbstätige ⁷⁾	41 164	41 613	41 733	(41 745)
Nachrichtlich:				
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ⁸⁾	28 440	28 988	29 175	(29 196)
Registriert Arbeitslose ⁸⁾	2 976	2 897	2 949	(2 917)
Quoten (%)				
Arbeitslosenquote ⁸⁾⁹⁾	7,1	6,8	6,9	(6,9)
ILO-Erwerbslosenquote ¹⁰⁾	5,7	5,3	5,3	(5,2)

1) Jahresdurchschnitte.– 2) Veröffentlicht im JG 2012/13.– 3) Personen im erwerbsfähigen Alter mit Wohnort in Deutschland (Inländerkonzept).– 4) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.– 5) Nach ILO-Definition.– 6) Erwerbstätige Einpendler aus dem Ausland/Erwerbstätige Auspendler in das Ausland.– 7) Erwerbstätige mit einem Arbeitsplatz in Deutschland unabhängig von ihrem Wohnort (Inlandskonzept).– 8) Für die Jahre 2011 und 2012 Quelle: Bundesagentur für Arbeit.– 9) Registriert Arbeitslose in Relation zu allen zivilen Erwerbspersonen.– 10) Erwerbslose in Relation zu den Erwerbspersonen.

Öffentliche Finanzen

11. Die Prognose der Entwicklung der Öffentlichen Finanzen im Jahr 2013 aus dem Jahresgutachten 2012/13 hat im Wesentlichen weiterhin Bestand. Nach einem geringen Überschuss im Jahr 2012 ist im Jahr 2013 ein geringes gesamtstaatliches Finanzierungsdefizit in Höhe von rund 4 Mrd. Euro zu erwarten. Die Defizitquote läge somit bei 0,2 % (Tabelle 3) und der gesamtstaatliche Haushalt bliebe damit weiterhin nahezu ausgeglichen. Der Haushaltsüberschuss für das Jahr 2012 lag höher als im Jahresgutachten 2012/13 erwartet worden war, obwohl im Rahmen der Übertragung der West LB auf die Erste Abwicklungsanstalt sogar zusätzliche Ausgaben für Transfers in Höhe von etwa 3 Mrd. Euro anfielen. Demgegenüber schwächten sich allerdings die Ausgaben für Investitionen und Subventionen nochmals stärker ab.

Gegenüber dem Jahr 2012 werden sich die Finanzierungssalden zwischen den Gebietskörperschaften und den Sozialversicherungen wohl deutlich angleichen. Die hohen Defizite des Bundes und der Länder sollten merklich reduziert werden können, während der Überschuss bei den Sozialversicherungen, der sich im Jahr 2012 noch auf beachtliche 17 Mrd. Euro belief, vollständig zurückgeht. Dies ist auf die Abschaffung der Praxisgebühr, die Absenkung des Rentenversicherungsbeitragssatzes, die Streichung des Bundeszuschusses zur Bundesagentur für Arbeit, die Kürzung des Zuschusses zur Gesetzlichen Rentenversicherung und auf höhere Arbeitslosengeldzahlungen zurückzuführen. Zwischen den einzelnen Ländern und zwischen den Gemeinden wird sich die Haushaltslage allerdings weiterhin sehr heterogen darstellen.

12. Das niedrige Defizit bei moderat ansteigendem nominalen Bruttoinlandsprodukt wird voraussichtlich dazu führen, dass die Schuldenstandsquote – in Abgrenzung des Vertrages von Maastricht – von 82,0 % des Bruttoinlandsprodukts auf 80,6 % sinkt. Nicht defizitrelevante Sachverhalte dürften im Saldo die Schuldenstandsquote im Jahr 2013 kaum beeinflussen. Dem Schuldenabbau der Abwicklungsanstalten stehen Kreditaufnahmen des Bundes für Einzahlungen in den ESM und die anteilige Hinzurechnung der zu erwartenden weiteren Schuldenaufnahme der EFSF gegenüber. Allerdings steht der Schuldenstand zum Ende des Jahres 2012 noch nicht fest, sodass sich hier noch nennenswerte Abweichungen ergeben könnten. Ebenso könnte der Schuldenabbau der Abwicklungsanstalten bei anhaltend entspannter Lage an den Finanzmärkten im Jahr 2013 schneller vorankommen.

Die Schuldenstandsquote spiegelt zukünftig die Haftungsrisiken weiterer Stützungsmaßnahmen für Länder des Euro-Raums über den ESM nicht mehr wider, da die statistische Erfassung gegenüber der EFSF abweicht. So wird die Kreditvergabe der EFSF direkt dem Bruttoschuldenstand zugerechnet, während dies beim ESM nicht mehr geschieht. Ebenso ist zu bedenken, dass das geringe gesamtstaatliche Defizit auf Grundlage sehr geringer Bruttoinvestitionen erreicht wird. Beides unterstreicht die Notwendigkeit, die Schuldenstandsquote zügig zurückzuführen.

13. Neben der Gesamtentwicklung des Ausgabenwachstums, die durch weiter fallende Zinszahlungen merklich gedämpft wird, ist die Gewichtung zwischen konsumtiven und investiven Ausgaben beachtenswert. Hier ist erneut ein kräftiger Zuwachs bei den nominalen staatlichen Konsumausgaben in Höhe von 3,8 % zu erwarten, während sich die Investitionen nach ihrem Einbruch infolge der auslaufenden Konjunkturprogramme nur etwas erholen können. Bei den Zuwachsraten der Konsumausgaben wirkt die Abschaffung der Praxisgebühr als Einmaleffekt in Höhe von 0,4 Prozentpunkten allerdings erhöhend.

Bei den gesamtstaatlichen Einnahmen macht sich insbesondere die Absenkung des Beitragssatzes zur Gesetzlichen Rentenversicherung von 19,6 % auf 18,9 % bemerkbar, in deren Folge die Zuwachsrate der Sozialbeiträge mit 1,7 % hinter derjenigen der Bruttolöhne und -gehälter zurückbleiben wird. Die Steuereinnahmen werden wegen merklicher Tariflohnsteigerungen insbesondere von der Lohnsteuer gestützt. Die gewinnabhängigen Steuern dürften dagegen stagnieren, sodass sich insgesamt ein Zuwachs bei den Steuereinnahmen von 2,1 %

abzeichnet. Die jüngst beschlossenen Rechtsänderungen (Erhöhung des Grundfreibetrags, Erfassung von Streubesitzdividenden bei der Körperschaftsteuer) haben nur geringe und zudem gegenläufige fiskalische Wirkungen und werden daher die Entwicklung nicht nennenswert beeinflussen.

Tabelle 3

Einnahmen und Ausgaben des Staates¹⁾ sowie finanzpolitische Kennziffern

	2011	2012	Prognose für 2013		2012	Prognose für 2013
			Stand	Stand ²⁾		Stand
			15.03.2013	28.10.2012		
Mrd Euro					Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	
Einnahmen	1 154,9	1 194,1	1 216,9	(1 220,8)	3,4	1,9
davon:						
Steuern	589,5	618,7	631,8	(632,7)	4,9	2,1
Sozialbeiträge	436,9	448,7	456,1	(454,8)	2,7	1,7
Sonstige ³⁾	128,5	126,7	129,0	(133,3)	- 1,4	1,8
Ausgaben	1 174,5	1 189,9	1 221,2	(1 223,9)	1,3	2,6
davon:						
Vorleistungen	126,4	130,6	135,4	(135,4)	3,3	3,7
Arbeitnehmerentgelte	199,7	203,2	208,5	(209,6)	1,8	2,6
Geleistete Vermögenseinkommen (Zinsen)	65,9	65,0	63,5	(61,7)	- 1,3	- 2,3
Geleistete Transfers	714,0	724,7	750,3	(752,4)	1,5	3,5
Bruttoinvestitionen	42,7	39,5	41,3	(41,5)	- 7,5	4,4
Sonstige ⁴⁾	25,8	26,8	22,2	(23,4)	x	x
Finanzierungssaldo	- 19,6	4,2	- 4,3	(- 3,1)	x	x
Finanzpolitische Kennziffern (%)⁵⁾						
Staatsquote ⁶⁾	45,3	45,0	45,3	(45,1)	x	x
Steuerquote ⁷⁾	23,1	23,8	23,8	(23,7)	x	x
Abgabenquote ⁸⁾	38,9	39,7	39,7	(39,4)	x	x
Finanzierungssaldo	- 0,8	0,2	- 0,2	(- 0,1)	x	x
Schuldenstandsquote ⁹⁾	80,5	82,0	80,6	(80,3)	x	x

1) Gebietskörperschaften und Sozialversicherung in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (nominale Angaben). Gebietskörperschaften: Bund, Länder, Gemeinden, EU-Anteile, ERP-Sondervermögen, Kinderbetreuungsausbau, Fonds „Deutsche Einheit“, Vermögensentschädigungsfonds, Teile des Bundeseisenbahnvermögens, Erblastentilgungsfonds.– 2) Veröffentlicht im JG 2012/13.– 3) Verkäufe, empfangene sonstige Subventionen, empfangene Vermögenseinkommen, sonstige laufende Transfers, Vermögenstransfers.– 4) Vermögenstransfers, geleistete sonstige Produktionsabgaben sowie Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern.– 5) Jeweils in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt.– 6) Ausgaben.– 7) Steuern sowie Steuern an die EU.– 8) Steuern und Erbschaftsteuer, Steuern an die EU sowie tatsächliche Sozialbeiträge.– 9) Schulden des Staates (in der Abgrenzung gemäß dem Vertrag von Maastricht).